

WOHNUNGS- UND OBDACHLOSIGKEIT IN BERLIN BEKÄMPFEN – DIFFERENZIERTERTE ANTWORTEN AUF EIN KOMPLEXES PROBLEM

5 Niemand wird auf der Straße geboren, aber jeder Mensch kann auf der Straße landen.

Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit¹ kann viele von uns treffen. Zunehmend mehr trifft es Menschen aus der „Mitte“ der Gesellschaft jeglicher Herkunft: Junge Heranwachsende, Familien, Rentner*innen nach einem langen Arbeitsleben und Frauen; hinzukommen
10 verschuldete Menschen, Menschen nach Trennung / Scheidung, Suchtmittelabhängige, Psychisch Kranke, Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderungen und EU-Bürger*innen. Sie verlieren z.B. ihre Wohnung, weil die Mieten in Berlin durch die Decke gehen oder nicht vom Jobcenter übernommen werden, weil viele Menschen trotz Arbeit arm sind, sie in der Krise sind und „abtauchen“ und ihre Post schon länger nicht mehr
15 öffnen, Hilfsangebote nicht kennen oder sich schämen, diese in Anspruch zu nehmen.

Bis auf wenige Aussteiger*innen ist kaum jemand freiwillig obdachlos. Wir haben hier einen gesetzlichen und gesellschaftlichen Auftrag, diesen Menschen zu helfen.

20 Besonders in den Innenstadtbezirken ist die Situation obdachloser Menschen unübersehbar. Immer mehr Menschen campieren in Grünanlagen, unter Brücken, in Hauseingängen oder schlafen neben Geldautomaten in Bankfilialen. Dies ist ein unhaltbarer Zustand. Ihre Bedarfe und die Problemlagen erweisen sich in einzelnen Stadtteilen als sehr differenziert. Seit Jahren steigt ihre Anzahl rapide an und liegt
25 mittlerweile bei geschätzt bis zu 10.000 Obdachlosen. Zu lange haben Vorgängerregierungen den Mangel verwaltet und sich davor gedrückt, nachhaltige Lösungen gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu entwickeln.

Das soziale Problem von Obdachlosigkeit ist kein Neues und es ist keines, das an Staatsbürgerschaften festgemacht werden kann. Es spricht gegen die Menschenwürde, Menschen aufgrund ihres Passes zu hierarchisieren und somit die politische
30 Konzeptlosigkeit allein auf die Schultern der Marginalisierten abzuwälzen. Die zunehmende Obdachlosigkeit ist keine direkte Folge von Migration, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Missstand. Zudem gibt es keine belastbaren Zahlen zum Anteil
35 der Unionsbürger*innen unter den obdachlosen Menschen. Die Fokussierung auf diese

1 Obdachlosigkeit: „Als obdachlos gelten Menschen, die auf der Straße leben, an öffentlichen Plätzen wohnen, ohne eine Unterkunft, die sich in Verschlägen, Parks oder unter Brücken etc. aufhalten. Obdachlos sind aber auch Menschen in Notunterkünften, die keinen festen Wohnsitz haben und in Wärmestuben, Notschlafstellen oder anderen niedragschwelligten Einrichtungen übernachten.“ (BAG Wohnungslosenhilfe)

Wohnungslosigkeit: „Als wohnungslos gelten Menschen, die in Einrichtungen wohnen, in denen die Aufenthaltsdauer begrenzt ist und in denen keine Dauerwohnplätze zur Verfügung stehen, wie z.B. Übergangwohnheime, Asyle und Herbergen, aber auch Übergangswohnungen. Auch Frauen und Kinder, die wegen häuslicher Gewalt ihre Wohnung verlassen haben und kurz- bis mittelfristig in einer Schutzeinrichtung beherbergt sind, wie z.B. in Frauenhäusern, sind wohnungslos (...)“ (BAG Wohnungslosenhilfe)

Gruppe beruht also auf reiner Spekulation und wird von den Akteur*innen der Obdachlosenhilfe weder bestätigt noch akzeptiert. Die Fokussierung auf ost-europäische EU-Bürger*innen lässt fälschlicherweise den Schein erwecken, Obdachlosigkeit sei nach Berlin migriert.

40

Wohlfahrtsverbänden, Caritas, Streetworker, etc. rufen schon seit Jahren um Hilfe und fordern mehr Mittel für die Wohnungs- und Obdachlosenhilfe. Mehr Fachpersonal, mehr Unterkünfte und medizinische Betreuung sind gefordert. Denn: Manche der auf der Straße lebenden Menschen haben unbehandelte psychische Probleme und

45

Zwar stehen anders als deutschen Obdachlosen, Unionsbürger*innen nach Bundesgesetzen keine Hilfen zu. Ein Verbot ihnen zu helfen existiert allerdings nicht. Zudem ist Berlin wie alle Kommunen dazu verpflichtet, jedem, der ohne Obdach ist und nicht auf der Straße leben will, eine feste Unterkunft anzubieten. Räumungen hingegen verschieben lediglich das Problem von einem Platz zum nächsten Platz, von einem Bezirk zum nächsten Bezirk, anstatt das Problem in seinem Fundament anzupacken.

50

55

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertritt eine emanzipative und solidarische Sozialpolitik. Mit unserem Grundsatzprogramm haben wir uns dazu verpflichtet, dass wir „eine politische Kultur der Solidarität entwickeln wollen, in der Respekt, Toleranz und Hilfe sowie das Engagement für die Schwächsten selbstverständlich ist. [...] Vorrangiges Ziel unserer Politik ist es, Armut und soziale Ausgrenzung zu vermeiden und die soziale Lage der am schlechtesten Gestellten zu verbessern.“ Diese Grundsätze müssen sich nicht nur im politischen Tagesgeschäft bewähren, sondern gerade dann, wenn sozialpolitisches Handeln und sozialpolitische Verantwortung durch besondere Umstände und Problemlagen herausgefordert werden.

60

65

Wir erwarten Differenzierung in der öffentlichen Debatte und haben den Anspruch auch als Partei differenzierte Antworten zu geben und Lösungen anzubieten, die mit unseren Grundüberzeugungen im Einklang stehen. Populistische und alarmistische Aussagen wie die Forderung nach Abschiebungen von Unionsbürger*innen sind für uns keine Lösung.

70

75

Mit dem kommenden Doppelhaushalt 2018/2019 investieren wir mehr in den Kampf gegen Obdachlosigkeit als jemals zuvor. Dabei bleibt die zentrale Aufgabe: mehr Wohnraum und Unterkünfte in Berlin zu schaffen. Alle und vor allem unsere städtischen Wohnungsbaugesellschaften müssen sich hier fragen, ob der bisher geleistete Beitrag den Erwartungen in der Stadt genügt. Gleichzeitig ist klar, dass der Bedarf an niedrigschwelligen und zielgruppenspezifischen Angeboten, ob für Ältere, psychisch Kranke, Drogen- und Alkoholabhängige, Familien oder wohnungs- und obdachlose Unionsbürger*innen weiter hoch ist. Es braucht daher mehr Tempo bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Wohnungs- und

80 Obdachlosigkeit durch die zuständigen Senatsverwaltungen. So gibt es nach wie vor
weder eine Wohnungs- und Obdachlosenstatistik als Teil einer integrierten Armuts- und
Sozialberichterstattung, noch überarbeitete Leitlinien der Wohnungslosenpolitik, die
Grundlage für eine gesamtstädtische ressortübergreifende (z.B. Wohnen, Gesundheit
und Pflege, Soziales, Jugend und Familie, Finanzen) Strategie zur Bekämpfung von
85 Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Berlin sein müssen. Nur auf dieser Grundlage ist es
möglich, passgenaue und bedarfsorientierte Lösungen für die vielfältigen Bedarfe zu
entwickeln bzw. vorhandene Angebote auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Die
politischen Ziele, die in der rot-rot-grünen Koalitionsvereinbarung festgeschrieben
wurden, müssen schnellstmöglich umgesetzt werden.

90 Der beste Weg Obdachlosigkeit zu bekämpfen ist Wohnungslosigkeit erst gar nicht
entstehen zu lassen. Hilfen für von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen werden
durch unzählige Ämter nebeneinander angeboten. Ermessensspielräume der Jobcenter
bei der Übernahme von Miet- und Energieschulden werden zugunsten der Betroffenen
nicht genutzt. Auch kommen nicht die Hilfen zu den Betroffenen; deshalb brauchen wir
95 aufsuchende Sozialarbeit.

Daher wollen wir Hilfen „aus einer Hand“ mit ressortübergreifenden personell gut
ausgestatteten Fachstellen in Anlehnung an das „Karlsruher Modell“ in den Bezirken.
Hier sollen alle relevanten Stellen (Sozialämter, Jobcenter, Jugendämter,
100 Gesundheitsämter, bezirkliche Schuldner*innenberatungen, geschütztes Marktsegment)
koordiniert arbeiten.

Seit Jahren werden Wohnungslose lediglich „verwahrt“. Wir wollen durch weitergehende
Qualitätsstandards, durch Beratung und Begleitung, einem obligatorischen Clearing, der
105 Bevorzugung gemeinnütziger Betreiber*innen und der Errichtung von
Bewohner*innenbeiräten die Situation in den Unterkünften verbessern. Ebenso
unterstützen wir innovative Konzepte und sehen im Housing-First-Ansatz ein Modell,
mit dem insbesondere obdachlose Frauen besser unterstützt werden können. Wer auf
der Straße lebt und keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen und einer medizinischen
110 Versorgung hat, wird krank und dessen Lebenserwartung sinkt rapide. Daher brauchen
wir ein niedrighschwelliges Angebot zur gesundheitlichen Versorgung und ein mobiles
Hygieneangebot (Duschen auf Rädern). Für eine nachhaltige Bekämpfung der
Wohnungslosigkeit brauchen wir dringend ausreichend bezahlbaren Wohnraum.
Die aktuelle Situation Obdachloser spiegelt nicht nur die sich verschärfende Armut in
115 Berlin, sondern unzweifelhaft auch das soziale Gefälle in Europa wieder. Für eine
nachhaltige Armutsbekämpfung brauchen wir eine europäische Sozialpolitik. Darum
brauchen wir eine bessere und europäisch geregelte soziale Absicherung der
Freizügigkeit, um die regionalen Unterschiede in den Lebensverhältnissen langfristig
wirksam zu bekämpfen. Hierfür sind eine stärkere Koordinierung und europäische
120 Standards im Bereich der sozialen Sicherung und im Bereich des Arbeitsmarktes
unerlässlich. Wir sehen uns als Berliner Grüne in der Pflicht, diesen Menschen in ihrer

Notsituation konkret zu helfen. Dafür wollen wir die aufsuchende Sozialarbeit weiter stärken. Klar ist aber, dass wir die Menschen so schnell wie möglich in etablierte, funktionierende Hilfestrukturen überführen müssen.

125

Wir müssen in der Lage sein jeweils einzeln für jeden Menschen festzustellen, welche Ansprüche auf Sozialleistungen bestehen und welche Strukturen genutzt werden können. Um dies zu leisten wollen wir eine aus Landesmitteln finanzierte Clearingstelle für Unionsbürger*innen einrichten. Hier sollen Sprach- und Beratungskompetenzen gebündelt werden.

130

Die Große Koalition hat Ende vergangenen Jahres den Zugang von Unionsbürger*innen zu Sozialleistungen drastisch eingeschränkt und sie, wenn sie noch nicht ausreichend lange in Deutschland einer Erwerbstätigkeit nachgegangen sind, pauschal für die ersten fünf Jahre von Grundsicherungsleistungen und grundsätzlich auch von Sozialhilfe ausgeschlossen. Unsere grüne Bundestagsfraktion hat dies scharf kritisiert. Der Bund schleicht sich aus der Verantwortung und drängt Menschen in Notlagen. Viel sinnvoller wäre es, klar zu definieren, dass Unionsbürger*innen nach drei Monaten Zugang zu Leistungen aus dem SGB II und dem SGB III erhalten können, wenn sie eine Verbindung zum hiesigen Arbeitsmarkt aufgebaut haben und aktiv nach Arbeit suchen – sowohl finanziell wie auch bei Beratung, Qualifikation und Vermittlung. Dies bedeutet keine bedingungslose Öffnung der deutschen Sozialsysteme, aber zeigt gangbare Wege auf, Menschen Unterstützung zu geben und Kommunen mit den Aufgaben nicht allein zu lassen.

135

140

145

Wir sind uns bewusst, dass dieser Weg in einer Zeit, in der Deutschland und Europa nach rechts rücken, nicht auf schnellen Applaus hoffen kann. Wir zweifeln aber keine Sekunde daran, dass dieser Weg der richtige ist. Wir lassen uns nicht dazu treiben Probleme auf dem Rücken der Schwächsten auszutragen. Wir helfen Menschen vor Ort mit allen Mitteln, die wir haben. Und wir reißen die Freizügigkeit in Europa nicht aus Angst vor rechtem Populismus nieder, sondern richten klare Forderungen an den Bund und kämpfen für ein sozialeres Europa.

150